

Sitzung des NÖ Landtages

Der Landtag von Niederösterreich setzte heute um 9 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz die gestrige Sitzung fort.

Die beiden ersten Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **NÖ Parteienfinanzierungsgesetz 2012** (Berichterstatte(r)in: Abgeordnete Michaela Hinterholzer, VP)
- Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried u. a. betreffend **NÖ Transparenzpaket** (Berichterstatte(r): Abgeordneter Ing. Franz Gratzner, SP). Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) meinte, es sei immer ein zentrales Anliegen der Grünen gewesen, bei der Parteienfinanzierung eine Klarheit und eine Transparenz zu schaffen. In diesem Zusammenhang sei ihre Fraktion und ihre Partei immer mit gutem Beispiel vorangegangen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik sei in den letzten Monaten erschüttert worden. Auch das Vertrauen der Menschen in eine objektive Lösungskompetenz der Parlamente sei gesunken. Umso erfreulicher sei es nun, dass jetzt eine Regelung vorliege, die sich sehen lassen könne. Ihre Fraktion werde dieses Paket gerne unterstützen.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) sagte, beim Parteienfinanzierungsgesetz und beim Transparenzpaket vermisse er den eigenständigen niederösterreichischen Weg. Positiv sei, dass es in Niederösterreich zu keiner Erhöhung der Parteienförderung komme. Es müssten aber auch Spenden von landeseigenen und landesnahen Betrie-

ben in Parteizeitungen verboten werden. In diesem Zusammenhang bestehe noch ein Änderungsbedarf bei dem vorliegenden Gesetzesentwurf.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) pflichtete seiner Vorrednerin Petrovic bei. Mit dieser Vorlage, die in Wien erarbeitet wurde, sei ein großer Schritt gelungen. Leider sei das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik in den letzten Jahren „scheibchenweise“ verloren gegangen. Aufgabe sei es nun, dieses Vertrauen in die Politik wieder herzustellen. Viele Politiker seien tagtäglich rund um die Uhr im Land unterwegs. Politik bestehe immer auch darin, Kompromisse einzugehen. Seine Fraktion werde gerne diesen Antrag unterstützen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meinte, der niederösterreichische Weg stehe für klare Verhältnisse. Dieses Gesetz werde nun umgesetzt, schneller als in allen anderen Bundesländern. Die Vorgabe des Bundes werde auf „Punkt und Beistrich“ erfüllt. Bei der Parteienförderung werde Niederösterreich die bisherige Größenordnung von 11,16 Euro je Wahlberechtigten beibehalten und auch weiterhin bei der Finanzierung eine jährliche Kontrolle durch den Wirtschaftsprüfer durchführen lassen sowie anschließend einen Bericht mit den Ergebnissen an den Rechnungshof übermitteln. Niederösterreich Sorge mit dem Gesetz für eine klare Regelung, um das Vertrauen in die Politik zu stärken.

Der Abänderungsantrag betreffend Erlassung des NÖ Parteienfinanzierungsgesetzes wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grüne angenommen. Der Antrag zum NÖ Parteienfinanzierungsgesetz wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP angenommen. Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag zum NÖ Transparenzpaket wurde mit den Stimmen von VP und Grüne angenommen.

Die beiden nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes**
- **Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte: Er stelle der Koalition in der Bildungspolitik ein Nichtgenügend aus. Trotz suboptimaler Bedingungen gelinge es den Lehrern aber mehrheitlich, guten Unterricht zu bieten. Er forderte ein

umfassendes Bildungskonzept vom Kindergarten bis zur gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen, die den ganzen Tag geöffnete habe und viel mehr Autonomie besitze.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erteilte der Schulpolitik des Bundes ebenfalls ein „Nichtgenügend“ und bedankte sich bei allen Pädagoginnen und Pädagogen. Seine Fraktion lehne die Gesamtschule ab und stehe für eine Stärkung der Hauptschulen sowie eine Langform des Gymnasiums.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, in der Schulpolitik sei noch viel zu tun. Er teile die Sorge um das klaglose Funktionieren der Neuen Mittelschule. Diese sei nur ein erster Schritt in die richtige Richtung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen. Es gehe um Qualität, nicht um Namen. In Folge brachte er zwei **Abänderungsanträge** zum Wegfall der Bezeichnung NÖ Mittelschule und einen **Resolutionsantrag** zur Ausstattung aller Pflichtschüler mit Laptops ein.

Zweiter Präsident Mag. Johann H e u r a s (VP) bedankte sich seinerseits für die Arbeit der Pädagogen im abgelaufenen Schuljahr. Der niederösterreichische Weg sei stark in die Bundeslösung eingeflossen. Die VP lehne die Ganztagschule als Zwangstagschule und die Gesamtschule der 10- bis 14-jährigen ab. Zwei Drittel der Eltern seien für die Aufrechterhaltung der Langform der AHS. Das Wort Niederösterreich aus dem Gesetz streichen zu wollen, sei befremdlich. Es gebe eine deutliche blau-gelbe Handschrift und viele niederösterreichische Spezifika. Abschließend brachte er ebenfalls einen **Abänderungsantrag** mit redaktionellen Änderungen ein.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Leichtfried und andere fanden keine Mehrheit. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Heuras und andere fand die Mehrheit. Die Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes wurde mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Leichtfried (Ausstattung Laptops) fand keine Mehrheit, der Abänderungsantrag des Abgeordneten Leichtfried betreffend Änderung des Schulzeitgesetzes fand keine Mehrheit, die Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978 wurde mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) berichtete zu einem Antrag mit Verfassungsgeszentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 – NÖ LV 1979**.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sprach von einer erheblichen Umstellung im Verwaltungssystem des Bundeslandes. Für die Gemeinden sei ein kurzer Instanzenweg wichtig.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sagte, Ziel der Novelle sei mehr Service für die Bürger und Verfahrensbeschleunigung.

Die Änderung der NÖ Landesverfassung wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Erhalt sämtlicher Bezirksgerichte in Niederösterreich**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach in Bezug auf die Bezirksgerichte von einem Ergebnis der Verhandlungen, das leider nicht so sei, wie man es im Antrag gerne gehabt hätte. Er glaube, dass es wichtig sei, darauf hinzuweisen, dass die Bezirksgerichte eine wichtige Säule der Bezirkshauptstädte seien.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, die Bezirksgerichte seien Teil der regionalen Entwicklung, ihr Standpunkt sei: „Jedem Bezirk sein Gericht“. Dezentralität heiße auch, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in einer Region zu erhalten.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) betonte, die jetzige Regelung – in jedem Bezirk ein Bezirksgericht – sei eine Stärkung der Regionalität. Es sei auch erfreulich, dass es im Zuge der Reform zu einer Aufwertung der Bezirksgerichte komme.

Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Königsberger u. a. betreffend **Entziehung der verliehenen österreichischen Staatsbürgerschaft**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, wenn Menschen mit Migrationshintergrund versuchten, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen, seien dafür viele Jahre notwendig und sie müssten dafür auch Leistungen erbringen und Qualifikationen nachzuweisen. Wenn eine Person das Ziel einer österreichischen Staats-

bürgerschaft erreicht habe, habe sie das auch verdient und unterliege somit allen österreichischen Gesetzesbestimmungen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) erläuterte, hinter dem Antrag stehe der Gedanke der Prävention. Das Staatsbürgerschaftsgesetz sei sehr streng, wenn es um die Verleihung der Staatsbürgerschaft gehe. Aber habe man einmal die Staatsbürgerschaft erlangt, gebe es keine Möglichkeit mehr, diese abzuerkennen.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte, für sie sei Staatsbürgerschaft Staatsbürgerschaft, denn wenn Sanktionen notwendig seien, würden diese in einem Rechtsstaat ohnehin vorgenommen.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) meinte, bei diesem Antrag fehle jegliche sachliche Substanz. Mit der Entziehung einer Staatsbürgerschaft würden staatenlose Personen entstehen und internationale Übereinkommen verletzt. Überdies würde diese Vorgehensweise nicht dem Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung entsprechen.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde von Grüne, VP und SP angenommen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **rasche Wiedereinführung der Grenzkontrollen**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) meinte, eine Rückkehr zum Eisernen Vorhang sei nicht zielführend. Die Öffnung der Grenzen und die neuen Freiheiten hätten eine Aufschwung in den Grenzregionen und zusätzliche Arbeitsplätze mit sich gebracht. In der Europäischen Union sei die Zusammenarbeit nicht immer einfach, aber die grenzüberschreitende Kooperation mit der Polizei aus den Nachbarländern funktioniere immer besser.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) pflichtete seinem Vorredner bei. Die Handelsakademie in Gmünd mit Schülerinnen und Schülern aus dem Nachbarland habe sich sehr gut entwickelt. Seine Fraktion werde nicht die Forderung nach Einführung von Grenzkontrollen unterstützen. Selbstverständlich müsse aber auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Rücksicht genommen werden, wozu auch der Ausbau von Poli-

zeiposten notwendig sei. Die Freiheit der Reisetätigkeit und die Möglichkeit im Ausland zu arbeiten, dürfe nicht auf Spiel gesetzt werden.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, die Mehrheit der Bevölkerung wolle Grenzkontrollen. Die Grenzsicherung sei die einzige Möglichkeit, die internationale Kriminalität zu bekämpfen. Das Sicherheitsgefühl der Landsleute dürfe nicht weiter ignoriert werden. Es gebe eine Zunahme bei der Kriminalität und beim Schlepperwesen in Niederösterreich. Mittlerweile würde aber auch bei den EU-Innenministern ein Umdenken stattfinden.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte, ihre Fraktion werde den Antrag nicht unterstützen und man müsse froh sein, dass die Europäische Union in einem friedlichen Fahrwasser bleibe. Überdies funktioniere der Arbeitsmarkt in den Grenzregionen sehr gut.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, die Sicherheit der Menschen im Land sei allen ein wichtiges Anliegen. Mittlerweile würden die Rahmenbedingungen stimmen, um der Exekutive ein gutes Arbeiten zu ermöglichen. Bestes Beispiel dafür sei die um fast 7 Prozent gestiegene Aufklärungsquote. In diesem Zusammenhang bedankte er sich bei der Exekutive für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit mit Interpol und Europol. Überdies gebe es Schleierfahndungen und Grenzkontrollen im Hinterland. Die Reisefreiheit sei eine Grundsäule im vereinten Europa. Wichtig sei, die Schengen-Außengrenze noch effektiver zu schützen.

Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (2. GBDO-Novelle 2012)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (2. GVBG-Novelle 2012)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (GBGO-Novelle 2012)**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Königsberger u. a. betreffend **Entlastungspaket zum herrschenden Spritpreishöchststand**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Amrita **E n z i n g e r** (G) meinte, der motorisierte Individualverkehr sei stark im Steigen begriffen. Mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs könne man gegensteuern.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) sagte, der Spritpreis sei für die Pendler viel zu hoch, weshalb eine Deckelung mit 1,2 Euro pro Liter dringend notwendig sei. Überdies müsse man einen Tankgutschein und eine Erhöhung der Pendlerpauschale umsetzen. Auch der Spritpreisrechner des Ministeriums habe bisher nichts gebracht.

Abgeordneter Günter **K r a f t** (SP) sagte, dass die Autofahrer ordentlich zur Kasse gebeten würden, während Ölmultis und Spekulanten ordentliche Gewinne machten. Die bisherigen Maßnahmen seien nicht ausreichend. Neben attraktiveren öffentlichen Verkehrsmitteln brauche es auch eine Pendlerbeihilfe in Form von Dienstnehmerfreifahrten und eine Spritpreisdeckelung. Er brachte einen Abänderungsantrag und einen Antrag auf getrennte Abstimmungen ein.

Abgeordneter Hermann **H a u e r** (VP) sprach von Verunsicherung und Panik. In Kärnten sei der Tankgutschein grandios gescheitert. In Niederösterreich sei demgegenüber die Pendlerbeihilfe höher als anderswo. Die VP nehme die Anliegen der Pendler ernst und setze sich für die Menschen ein statt sich selbst in Szene.

Bei der Abstimmung blieb der Abänderungsantrag in der Minderheit. Der auf Ablehnung lautende Hauptantrag fand die Mehrheit von VP, SP und Grünen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden gemäß Art. 15a B-VG über einen Österreichischer Stabilitätspakt 2012 (ÖStP 2012)**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) eröffnete die Debatte: Derzeit überwiege in Europa der Weg der rigiden Schuldenbremse und der Ausgabeneindämmung. Dieses Finanzkorsett führe aber zu einer Reihe unerwünschter Nebenwirkungen in den Bereichen Soziales, Beschäftigung und Bildung.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) hielt fest, dass seine Fraktion die Vereinbarung zum Stabilitätspakt ablehnen werde. Diese bringe eine massive Mehrbelastung der Bürger und fuße auf vollkommen falschen Voraussetzungen. Die FP sei aber nicht gegen eine Schuldenbremse oder ausgeglichene Haushalte.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sprach von einem Antieuropa-Kurs der FP. Niederösterreich habe einen sehr soliden Gebührenhaushalt, die Gemeinden seien Vorreiter des Stabilitätspaktes.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) betonte, Niederösterreich sei das erste Bundesland, das diese Vereinbarung beschließen werde. Die niederösterreichischen Gemeinden hätten schon bisher Großartiges geleistet und bräuchten keinen Vergleich zu scheuen. Gerade auf Gemeindeebene sei vorgezeigt worden, dass die Umsetzung wichtiger Projekte auch ohne Neuverschuldung möglich sei.

Der Antrag wurde mit VP-SP-Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich gemäß Art. 15a B-VG zur Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Institute of Science and Technology-Austria; Durchführungsvereinbarung/Änderungsvertrag zum Fördervertrag**.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) eröffnete die Debatte: Die heutige Entscheidung markiere ein weiteres Highlight der Wissenschafts- und Forschungslandkarte Niederösterreichs. Landeshauptmann Pröll habe sich beim ISTA gegen viele

Hindernisse durchgesetzt. Mittlerweile stehe dieser wissenschaftliche Olymp nicht mehr in Frage.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erinnerte daran, dass die FP von Anfang an für dieses Projekt gewesen sei. Niederösterreich sei auf diesem Weg Vorreiter.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sprach von einer guten Einrichtung, auch die Evaluierung habe die hervorragende Arbeit dokumentiert. Durch den heutigen Beschluss werde die Planungssicherheit vergrößert.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) freute sich als Mandatar der Region, dass seinerzeit ein „Mondfenster“ aufgegangen sei und Niederösterreich das beste Angebot gelegt habe. Forschung brauche langfristige Planung, das werde durch die 15a-Vereinbarung garantiert.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meldete sich nochmals zu Wort und betonte die Wichtigkeit dieser Entscheidung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Campus Krems, Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften**
- **Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes (NÖ KAG)**

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erläuterte, dass Krankenanstaltengesetz müsse geändert werden, um eine Privatuniversität zu ermöglichen. Ziel sei es, die Qualität am Gesundheitssektor zu erhalten und zu steigern. Das Land Niederösterreich werde ein verlässlicher Partner der Privatuniversität sein.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) sah in der Privatuniversität einen weiteren Schritt für eine positive Entwicklung im Land Niederösterreich und eine wichtige Entscheidung. Die Sicherheit der Qualität im Spitalssektor sei ein ganz wichtiger Faktor. Er bezeichnete die Privatuniversität als Meilenstein. Abschließend brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Schaffung eines transparenten Stipendiensys-

tems, das NÖ Studenten aus allen sozialen Schichten den Zugang zum Studium an der Karl Landsteiner-Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften ermöglicht ein.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, die Bildungslandschaft in Niederösterreich zeichne sich durch eine große Vielfalt aus. Wissenschaft und Forschung hätten in Niederösterreich einen sehr hohen Stellenwert. Niederösterreich habe sich von einem Land der rauchenden Schlote zu einem Land der rauchenden Köpfe entwickelt. Er dankte allen beteiligten Projektpartnern.

Der Antrag betreffend Campus Krems, Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften sowie der Antrag betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes (NÖ KAG) wurden mehrheitlich angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Rosenmaier u. a. wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 (NÖ SÄG 1992)**.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, der Inhalt des Antrages bestehe zu großen Teilen aus langjährigen Forderungen der Grünen. Man werde diesem Antrag daher zustimmen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) bezeichnete die Antrag als ersten Schritt in die richtige Richtung. Er sprach sich dafür aus, auch für die niedergelassenen Ärzte Anreize zu schaffen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sagte, er habe bereits auf Versorgungsentpässe hingewiesen. Er befürwortete den Antrag, denn so könne die Ärzteschaft in Niederösterreich gehalten werden.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sagte, die Gesundheit sei eines der höchsten Güter und daher unternehme man in Niederösterreich wesentliche Anstrengungen in diesem Bereich. Die Reform Sorge dafür, dass Funktion, Verantwortung und Belastung entsprechend bewertet werden. Er brachte dazu einen **Abänderungsantrag** ein.

Sowohl der Abänderungsantrag der Abgeordneten Bader u. a. als auch der Ausschuss-Antrag wurden einstimmig angenommen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Waldhäusl u. a. betreffend **Beibehaltung der Wehrpflicht und Reform des Österreichischen Bundesheeres im Sinne des "Österreichdienstes"**.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) betonte, die Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheeres seien immer da, wenn die Bevölkerung sie brauche. Man könne zu recht stolz sein auf das Österreichische Bundesheer. So seien etwa bei den Katastropheneinsätzen im Zusammenhang mit dem Hochwasser 2002 13.000 Soldaten im Einsatz gewesen und hätten der niederösterreichischen Bevölkerung geholfen. Eng verbunden mit der Frage der Sicherheit sei auch der Zivildienst. Die Wehrpflicht sei wichtig und notwendig. Der Österreichdienst sehe die drei Säulen militärische Landesverteidigung, Katastrophenschutz und Zivildienst vor.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, zum wiederholten Mal werde die Beibehaltung der Wehrpflicht diskutiert, obwohl es bereits einen entsprechenden Beschluss dazu gebe. Von seiner Fraktion gebe es ein klares „Ja“ zu Zivildienst und Katastrophenschutz. Bei der Ausstattung des Bundesheeres müsse das geänderte Bedrohungsszenario in Europa berücksichtigt werden. In Anbetracht der vielen Investitionen in den Hochwasserschutz könne der Katastrophenschutz beim Bundesheer zurückgefahren werden.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, seine Fraktion bekenne sich zur Beibehaltung der Wehrpflicht. Die Errichtung der Großküche bzw. Zentralküche des Österreichischen Bundesheeres sei gescheitert, genauso wie die Ausgliederung der Forste beim Truppenübungsplatz Allentsteig.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte, die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres, die Aufgaben und Herausforderungen seien seit Jahren Gegenstand von Diskussionen. Der Katastrophenschutz und die Abwehr von Gefahren seien nur durch Spezialisten möglich.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, viele Bilder von Katastrophen, Sturm, Hagel und Überschwemmungen seien in den letzten Wochen über die Medien transportiert worden, wo auch tausende Freiwillige mitgeholfen hätten. Beim Katastrophenschutz dürften bezahlte Kräfte nicht ehrenamtlichen Kräften gegenübergestellt werden. Seine Fraktion bekenne sich zu Bundesheer und Wehrpflicht aber auch zu Reformen bei der Ausbildung. Ein Zivildienst sei ohne verpflichtenden Wehrdienst nicht möglich.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erinnerte, seine Fraktion setze sich gemeinsam mit der VP für die allgemeine Wehrpflicht ein. Wenn der nun vorliegende Antrag umgesetzt werde, seien Bundesheer, Katastrophenschutz und Zivildienst abgesichert. Nur eine Absicherung der Auslandseinsätze sei zu wenig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP und FP angenommen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) sagte in seinen Schlussworten, die Demokratie lebe von Menschen, die sich engagieren und einbringen, konflikt- und konsensfähig sowie bereit seien, Mehrheitsentscheidungen mitzutragen. Als freigewählte Abgeordnete wären die politischen Mandatäre ihrem Gewissen und den Bürgern des Landes verpflichtet und trügen Verantwortung für das ganze Land. Mit ihrer Arbeit würden die Abgeordneten dazu beigetragen, dass der Landtag als wichtige politische Schaltstelle wahr- und ernstgenommen würde. Jede Verfassung sei nur so gut wie das Handeln von Legislative und Exekutive. Das setze Vertrauen in die politischen Parteien und die öffentlichen Ämter voraus. Mit dem Transparenzpaket sei die Voraussetzung geschaffen worden, das angeschlagene Vertrauen in die Politik wiederherzustellen.

Die Sitzung endete um 14.20 Uhr.